18 / 2012 www.sabine-baetzing.de 01.06.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
es ist schon erstaunlich was man im Wahlkreis immer wieder mit seinen „Kollegen“ erlebt… Da plane ich eine Veranstaltung zu den neuen GEMA-Richtlinien, miete dazu das Bürgerforum in Windhagen an und lade u.a. den Kreismusikverband Neuwied ein… und siehe da: umgehend lädt mein CDU-Wahlkreiskollege auch zu einer solchen Veranstaltung ein und zwar dreister weise noch ein paar Tage früher – dafür im selben Ort. Tja, wenn ihm die Ideen ausgehen, muss er eben kopieren… was will man von denen anderes erwarten? Wir haben das ja schon öfters erlebt: so bin ich seit Jahren in Tibet-Menschenrechtsfragen aktiv und nun setzt er sich auf einmal für Myanmar ein. Oder noch ein Beispiel: Seit 2009 bin ich u.a. im Sportausschuss stellvertretende AG Sprecherin und nun ist er Landessportbeauftragter. Na ja- ich bin mir sicher, dass die Menschen zwischen Original und Kopie unterscheiden können… ☺
Am Freitagabend, dem **1.6.2012** findet jedenfalls eine Original-Veranstaltung statt zum Thema „**Inklusion“! Ulla Schmidt, MdB, Gesundheitsministerin a.D.** und künftige Vorsitzende der Bundesvereinigung der Lebenshilfe e.V. wird neben Bianca Vogel, der paralympischen Medaillengewinnerin im Dressurreiten, referieren und diskutieren. Ihr seid herzlich eingeladen um **18 Uhr im Heimathaus Neuwied** dabei zu sein!

Herzlichst eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Bildung – Eine Mini-Novelle löst die Probleme nicht!

Statt das Kooperationsverbot für alle Bildungsbereiche aufzuheben, hat Bundesministerin Schavan nur eine Mini-Novelle für einen exklusiven Teilbereich an Hochschulen im Kabinett durchgebracht. Wieder einmal ist sie weit hinter ihren eigenen Ankündigungen zurückgeblieben ist, alle Bereiche für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu öffnen. Schwerer wiegt, dass der nun vorgelegte Gesetzentwurf das Kooperationsverbot in der Bildung nicht brechen, sondern für wesentliche Bildungsbereiche auf absehbare Zeit sogar verfestigen würde. Die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in der Bildung bringt er keinen Millimeter voran. Unsere Bundestagsfraktion lehnt diesen Gesetzentwurf daher als völlig ungenügend ab. Der Gesetzentwurf legt offen, wie verschwindend gering der "kleinste Nenner" dieser Koalition in Bildungsfragen ist. Mit ihm wären zwar "Leuchttürme" der Spitzenforschung an Hochschulen besser finanzierbar. Genau hier liegt aber gar nicht das größte hochschulpolitische Problem, sondern in der Unterfinanzierung der Hochschulen insgesamt. Hier soll sich nach dem Willen der Koalition auch künftig der Bund nicht beteiligen dürfen. Das ist eine Fehlsteuerung, denn die Hochschullandschaft besteht eben nicht nur aus Exzellenzunis. Die von der Koalition vorgeschlagene Mini-Novelle würde sogar wichtige Fortschritte bei der Chancengleichheit für alle Kinder verhindern. In dafür zentralen Bereichen wie die frühkindliche Bildung oder das Schulwesen insgesamt soll das Kooperationsverbot ungebrochen weiter gelten. Auch sollen die Länder den quantitativen wie qualitativen Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagsschulen sowie das Ziel einer inklusiven Bildung weiter allein stemmen müssen - und das im Vorfeld einer aufziehenden Schuldenbremse.

Die Erwartungen von Eltern, Pädagogen und nicht zuletzt Schülerinnen und Schülern an eine kooperative Bildungszusammenarbeit werden durch den Koalitions-beschluss völlig ignoriert. Gerade im Vergleich wird deutlich, welche Chancen dem gegenüber in dem von uns formulierten Vorschlag eines neuen Bildungsfinanzartikels stecken. Mit diesem ließen sich gemeinsame Aufgaben in allen Bildungsbereichen bestimmen, zu denen Bund und Länder bei der Finanzierung zusammenwirken können. Das ist eine den Herausforderungen angemessene und dennoch machbare Antwort auf die Frage, wie das Kooperationsverbot überwunden werden kann.

Soziales

Armuts- und Reichtumsbericht – Wir warten drauf!

Die Bundesregierung kann nicht fristgerecht liefern. Laut eigenen Angaben der Bundesregierung wird dem Parlament der Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsbericht nicht mehr vor der Sommerpause vorgelegt werden.
Ein Termin für die Kabinettbefassung steht noch nicht fest. Termine und Beschlussfassungen zu verschieben, gehört mittlerweile zum Arbeitsstil dieser Bundesregierung. Kaschiert werden soll damit aber auch ihre Unwilligkeit beziehungsweise Unfähigkeit, schwerwiegende soziale Probleme grundlegend anzugehen.
Zwar gehört zu den fünf Kernzielen der Strategie "Europa 2020" der Kampf gegen die Armut und deren Reduzierung, aber das kümmert die Bundesregierung offensichtlich nicht.
Wie andere Organisationen hat nun auch das Kinderhilfswerk UNICEF das Ergebnis einer internationalen Studie vorgestellt. Das beschämende Fazit und Armutszeugnis lautet: Die deutsche Regierung geht zu wenig gegen Kinderarmut vor.
Laut UNICEF leben in Deutschland rund 2,5 Millionen Kinder in Armut oder müssen auf grundlegende Güter wie regelmäßige Mahlzeiten oder Freizeitaktivitäten verzichten. Man darf gespannt sein, wann und was die Bundesregierung zu solchen Armutsbescheinigungen in ihrem 4. Armuts-und Reichtumsbericht an Erklärungen und vor allem an Handlungskonzepten zur Bekämpfung und Verhinderung vortragen wird.

Sabines Woche Infoservice

Gesundheit

Nichtraucherschutz – Freiwilligkeit ist keine Lösung!

Rauchen ist nicht mehr cool. Das ist die gute Nachricht zum Weltnichtrauchertag. Die Maßnahmen für einen verbesserten Nichtraucherschutz in Bund und Ländern zeigen Wirkung: Der Anteil der jungen Raucherinnen und Raucher im Alter zwischen 12 und 17 Jahren ist in den vergangenen zehn Jahren von 27,5 Prozent auf 12,9 Prozent im Jahr 2010 zurückgegangen und hat sich damit mehr als halbiert. Einen wichtigen Beitrag leisten dafür konsequente und transparente Regelungen zum Schutz vor Passivrauchen in Gaststätten in den Bundesländern.

Die Regelungen in Bayern sind hierfür beispielgebend. Die bayerische SPD unterstützte als Partner des Nichtraucherbündnisses eine rauchfreie Gastronomie in Bayern. Unsere Bundestagsfraktion wünscht sich ein ähnliches Engagement auch in den anderen Länderparlamenten für mehr Schutz für Passivrauch.

Ein klarer und transparenter Nichtraucherschutz wirkt auch psychologisch. Das ist an den sinkenden Raucherzahlen bei den Jugendlichen zu erkennen. Doch auch wenn die Zahlen bei den Jugendlichen sehr erfreulich sind, so tut sich kaum etwas bei den anderen Altersgruppen. Die Zahlen bei den Erwachsenen sind nur leicht rückläufig. Bei Frauen ab 65 Jahren steigt der Anteil sogar von 7,0 auf 8,7 Prozent wie ein Kleine Anfrage unserer Fraktion an die Bundesregierung ergab.

Jährlich sterben immer noch mehr als 110.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Jeder achte Todesfall kann auf das Rauchen zurückgeführt werden. Mehr als 3.300 Todesfälle pro Jahr sind sogar auf das Passivrauchen zurückzuführen. Die Bundesregierung bewirkt kaum etwas auf dem Gebiet des Nichtraucherschutzes. Sie will keine Änderung der Arbeitsstättenverordnung zugunsten des Nichtraucherschutzes. Stattdessen verweist sie auch im aktuellen Drogenbericht der Bundesregierung auf freiwillige Selbstkontrollen und Aktivitäten anderer und alte Kampagnen der Vorgängerregierung. Das ist nicht genug. Die Bundesregierung muss Schluss machen mit dem unübersichtlichem Flickenteppich an Regelungen in Deutschland.

Wir brauchen klare und einfache Regelungen für den Schutz vor Passivrauch ohne Ausnahmen.

Finanzen

Steuerabkommen mit der Schweiz – So wird das nix!

Bei der Finanzministerkonferenz wird Bundesfinanzminister Schäuble einmal mehr für eines seiner Lieblingsprojekte, das deutsch-schweizerische Steuerabkommen, werben. Dabei wird wieder mit unrealistischen Zahlen über den vermeintlichen Ertrag des Fiskus aus dem Abkommen gelockt werden. Die Landesfinanzminister sollten sich nicht scheuen, gegenüber Schäuble deutlich die großen Schwächen des Abkommens zu benennen:

Das Steuerabkommen stellt auch nach den Änderungen immer noch einen starken Verstoß gegen die Steuergerechtigkeit und ein großzügiges Entgegenkommen gegenüber Steuerkriminellen dar. Viel schlimmer noch: Es ermöglicht Steuerkriminellen nach wie vor, ihr Geld unerkannt aus der Schweiz in andere Steueroasen zu schaffen. Neben zahlreichen anderen Schwachpunkten sollte den Landesfinanzministern aber noch ein weiterer Punkt ein Dorn im Auge sein: Auch mit dem Abkommen ist das Auskunftsrecht der deutschen Finanzverwaltung sehr eingeschränkt.

Im Schnitt wird einem deutschen Finanzamt gerade mal eine Anfrage an die Schweiz pro Jahr zugestanden. Die Hängepartie rund ums Steuerabkommen ist Schäubles bisher größtes Versagen.

International

Syrien – Ausweitung der Gewalt verhindern!

Die Ausweisung des syrischen Botschafters ist ein konsequenter und richtiger Schritt. Auch die Vereinten Nationen haben eindeutig die Verantwortung der Regierung Assad für die mehr als 100 Toten des Massakers von Al-Hula festgestellt. Ein solches Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann nicht ohne Konsequenzen bleiben. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung nun gemeinsam mit anderen europäischen Partnern dieses starke diplomatische Signal ausgesendet hat.

Allerdings sind die Probleme Syriens damit nicht gelöst und auch die Gewalt ist damit nicht beendet. Die Weltgemeinschaft steht weiterhin vor einem Dilemma, dass die 300 eingesetzten UNO-Beobachter einen Waffenstillstand kontrollieren sollten, der nie existiert hat. Die Mission Kofi Annans muss nun stärker diplomatisch flankiert werden: Die Ausweisung des syrischen Botschafters und die Verurteilung des Massakers durch den UN-Sicherheitsrat sind dazu erste Schritte.

Eine militärische Intervention darf weiterhin nicht zur Debatte stehen. Denn sie würde die Gefahr einer Ausweitung der Gewalt bedeuten. Dringender denn je wird die Umsetzung des Punktes Eins des Annan-Plans: Einen politischen Prozess zu beginnen, um sich im Dialog mit der Opposition der legitimen Hoffnungen und Anliegen des syrischen Volkes anzunehmen. Mehr denn je ist nun auch Russland in der Pflicht, die Syrische Führung zum Start dieses Prozesses zu drängen. Und klar ist spätestens seit den blutigen Ereignissen des Wochenendes, dass am Ende eines solchen Prozesses ein Syrien ohne Präsident Assad stehen muss.

Bonbon

„Das beste wäre, diese Koalition würde sich auflösen. Sie ist ja in Wahrheit auch eine große Nicht-Regierungsorganisation."

(Sigmar Gabriel, SPD)

Termine

02.06.12	**10.00 Uhr**	**Selbsthilfegruppentag Dierdorf**
	19.00 Uhr	**750 Jahre Hasselbach**
03.06.12	**10.00 Uhr**	**Wanderfreunde Siegperle Kirchen**
	14.00 Uhr	**Feuerwehrfest Kirchen**
	19.00 Uhr	**Musical Kreismusikschule**
04.06.12	**13.00 Uhr**	**Arbeitsmarktpolitisches Gespräch AWO NR**
	18.00 Uhr	**SPD Altenkirchen**
	19.30 Uhr	**RZ-VA Windkraft Biersdorf**
05.06.12	**18.30 Uhr**	**SPD Kirchen**
06.06.12	**19.00 Uhr**	**GEMA-VA Windhagen**
08.06.12	**15.00 Uhr**	**Pressekonferenz Mind Award, VHS Neuwied**